



# Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at  
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien



Nr. 1 / März 2019

www.proDemokratie.com

**Liebe Kolleginnen und Kollegen!**

## AK-Wahl 2019

**Wählen gehen? Ja, natürlich! Doch: wählen alleine genügt nicht!  
Einschalten, einmischen, aufmischen von unten – im Interesse der  
und durch die arbeitenden Menschen!**

Derzeit und noch bis 10. April 2019 finden österreichweit, jeweils hintereinander in allen Bundesländern die Wahlen zu den Arbeiterkammern (AK) statt. Gewählt werden kann im Betrieb, in den AK-Zentralen der Bundesländer bzw. in den AK-Beratungszentren oder in öffentlichen Wahllokalen. Personen, die eine Wahlkarte zugesendet bekommen, können per Post oder in einem der öffentlichen Wahllokale wählen.

Während die Regierungspropaganda von der „Entlastung Österreichs“, von der „größten Steuerreform aller Zeiten“ andauernd in den Medien hinauf und hinunter gebetet und mit vielen Millionen Euro teuren Regierungsinseraten (ca. 20 Mio. Euro allein im 4. Quartal 2018) aus unseren Steuergeldern propagiert wird – gibt es nicht mehr im Geldbörsel. Im Gegenteil werden Freizeit und bezahlte Überstunden geraubt, Kindergeld und Kinderbetreuungskosten für alle gestrichen, dafür ein „Familienbonus“ nur für Besserverdiener eingeführt, Gesundheitskosten (Wahlärzte) erhöht, steigende Mieten nicht bekämpft, der freie Karfreitag für hunderttausende Religionsausübende gestrichen und vieles anderes mehr. Die Wahlen zur AK hingegen, der gesetzlichen Vertretung der 3,7 Millionen arbeitenden Menschen, werden von Regierung und Medien praktisch totgeschwiegen!

Das hat seinen Grund. Vor allem Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung im Verbund mit Regierung und Medien wollen die Vertretung der Arbeitenden, allen voran Betriebsräte, ÖGB, Einzelgewerkschaften und eben die AK schwächen.

Direkt abschaffen will man die AK derzeit (noch) nicht. Aber schwächen durch Mittelentzug (Senkung des AK-Beitrages) und umfärben – ähnlich wie in der Sozialversicherung durch verstärkte Einfluss-

nahme der Regierung und damit der Unternehmer, das auf jeden Fall. Ein direkter Angriff wie auf die Sozialversicherung oder auf den 8-Studententag, das würde momentan noch auf Unverständnis und Ablehnung bei den Menschen stoßen. Daher ist momentan (bis zum Ende der AK-Wahl Ende April) Totschweigen seitens der Regierung angesagt, damit die AK-Wahlbeteiligung nicht steigt.

Regierungsparteien und Wirtschaft hoffen darauf, dass die AK-Wahlbeteiligung gleichbleibt oder gar sinkt. Das soll dann als Vorwand genommen werden, die „Unnötigkeit“ der AK zu „beweisen“ und mit den Angriffen zu starten.

### Die Regierung will die AK schwächen!

Wie? Durch Reduktion des AK-Beitrages oder Aufhebung der gesetzlichen Vertretung der ArbeitnehmerInnen (Pflichtmitgliedschaft). Das bedeutet weniger Hilfe und Rechtsschutz für die AK-Mitglieder, also für 3,7 Millionen arbeitende Menschen und Lohnraub durch drohendes Ende des Kollektivvertrages. Schon jetzt versucht die Regierung in den Kollektivvertrag (gerade beim Generalkollektivvertrag zum Karfreitag, um diesen als freien Tag aufzuheben) einzugreifen. Was wird sie erst tun, wenn das Schutzschild AK geschwächt oder abgeschafft ist?

Dagegen müssen AK, ÖGB, Gewerkschaften, SPÖ und Zivilgesellschaft vehement auftreten.

Dagegen muss die AK selbst gleich nach den AK-Wahlen

- a) mit Hilfe der Belegschaftsvertretungen und ihren tausenden Beschäftigten
- b) ihre 3,7 Millionen AK-Mitglieder

Fortsetzung nächste Seite

über diese für die ArbeitnehmerInnen schädlichen Vorhaben der Regierung offensiv informieren und dagegen massiv und schnell mobilisieren!

Es geht um die aktive Zurückweisung der Angriffe der Regierung durch AK und ÖGB! AK, ÖGB und SPÖ haben eine Bringschuld! **Stillhalten ist die falsche Antwort!** Nicht warten wie bei 12-Stunden-Tag oder „Sozialversicherungsreform“ bis die Grauslichkeiten und Verschlechterungen der Regierung Gesetz sind! Danach hilft dann auch keine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof. Das hat man schon 2001 beim ersten Angriff von Schwarz-Blau auf die Sozialversicherung gesehen. Damals wurden die weitergehenden Zerstörungspläne der sozialen Versicherung durch Protest und Widerstand verhindert. Was hilft also? So wie schon 2001: Sofortiges Handeln, gestützt auf die AK-Mitglieder, auf die arbeitenden Menschen und durch deren aktive Einbeziehung und Mobilisierung!

Ganz konkret **soll die AK ihre 3,7 Millionen Mitglieder kontaktieren** und sie zu öffentlichen Veranstaltungen aufrufen und dort offensiv informieren und einbeziehen, was eine **Kürzung des AK-Beitrages** (z.B. für Rechtsschutz, Konsumentenschutz) bedeutet, was eine **Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft** für ArbeitnehmerInnen und für Kollektivverträge **bedeutet: Lohnraub und Zukunftsraub!**

**Liebe AK-Mitglieder und liebe Pensionistinnen und Pensionisten, die ihr einmal AK-Mitglieder gewesen seid und wo für Euch auch heute noch der AK-Konsumentenschutz ganz wichtig ist – schaltet Euch selbst ein, beteiligt Euch bei der Verbreitung der Wichtigkeit der AK, des AK-Rechts- und Konsumentenschutzes! Schreibt, mailt, geht hin und fordert aktive Mitsprache ein!**

## Warum Arbeiterkammer und Kollektivvertrag so wichtig sind!

### Wie hoch ist der AK-Beitrag?

- 0,5 % des Bruttoeinkommens
- durchschnittlich ca.7 Euro/Monat
- 816.000 Menschen zahlen 0 Euro, weil z.B. arbeitslos oder in Karenz

### Was macht die AK mit den Mitgliedsbeiträgen?

- 2 Millionen Beratungen/Jahr
- 532 Millionen Euro für Mitglieder erstritten
- 40 Millionen Euro vom Finanzamt zurückgeholt
- 4,6 Millionen Euro Bildungsgutscheine

### AK und Kollektivvertrag

- im Auftrag der AK verhandeln die Gewerkschaften Kollektivverträge
- der Kollektivvertrags-Partner ist die Wirtschaftskammer
- Was haben Arbeiter und Angestellte von der Pflichtmitgliedschaft der Unternehmen in der Wirtschaftskammer?

Unternehmen können nicht aus der Wirtschaftskammer austreten und müssen den Kollektivvertrag ihrer Branche anwenden. Deshalb ist die Industriellenvereinigung gegen die Pflichtmitgliedschaft.

### Vorteile des Kollektivvertrages

In Österreich sind 98 % der Beschäftigten durch Kollektivverträge erfasst.  
In Deutschland z.B. nur 53%.  
Die Folge: Lohndumping!

### Die AK vertritt

- 3,7 Millionen unselbständig Beschäftigte

**Der AK-Konsumentenschutz** kommt allen zugute, besonders jenen, die wenig Geld zum Leben haben – so auch den 2,3 Millionen Pensionisten

## „Sicherungshaft“

## Weiterer Schritt zu Polizei- und Überwachungsstaat

In Dornbirn wurde der Sozialamtsleiter von einem Asylwerber ermordet, der eigentlich ein Einreiseverbot nach Österreich hatte. Diesen tragischen Vorfall nimmt der FP-Innenminister Kickl zum Anlass, eine „Sicherungshaft“ für sogenannte „Gefährder“ zu verlangen und wird dabei voll vom Bundeskanzler unterstützt. Dazu soll das Verfassungsgesetz zur Personenfreizügigkeit geändert werden. Geplant ist die „Sicherungshaft“ für Asylwerber, die „eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen“ so Kickl. (<https://www.bmi.gv.at/news.aspx?id=376A6572383333556376413D>). Wie der Mord in Dornbirn wirklich

passieren hat können, welche allfälligen Versäumnisse der Polizeibehörden dazu geführt haben, ist unbekannt und wird unter Verschluss gehalten. Selbst Justizminister Moser musste in einem ORF-Interview zugeben, dass er keine Details wisse, seine Informationen nur aus den Medien habe (ZIB 2, 6.3.2019). Man stelle sich das einmal vor: Der Vorfall in Dornbirn wird als Anlass für die Einführung einer „Sicherungshaft“ genommen, um die „Sicherheitslücke“ zu schließen, aber selbst der Justizminister weiß nichts darüber, wie es dazu kam?

Burgenlands neue SPÖ-Landeshauptmann Doskozil hat in diesem Zusammenhang sogar versucht, Kickl noch weiter rechts zu überholen, indem er die Sicherungshaft auf Basis einer psychologischen Prüfung für alle verlangt hat. [weiter auf Seite 7](#)

# Alles was Recht ist

Wenn derzeit über die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) „diskutiert“ wird und die Regierung davon spricht, dass das Recht der Politik zu folgen habe, dann will sie die Menschen damit in die Irre führen beziehungsweise täuschen. Denn geht es nach der Regierung, soll das Recht der politischen Rechten gehorchen. Das heißt: schrankenlose Freiheit für die Konzerne und ihre Profitwillkür. Sie sollen per Gesetz Mensch, Umwelt und Sozialsysteme ausbeuten und vernichten und durch Kriege zerstören dürfen. Das sind die wirklichen **Gefährder** dieser Welt.

Wenn es als Antwort auf die Angriffe von rechts bloß heißt: „Recht geht vor Politik“, dann wäre das wiederum zu Ende gedacht ja kein Rechtsstaat, sondern ein Richterstaat. Weiter gedacht bedeutet die Unterordnung der Politik letztlich eine Abschaffung der Demokratie, also des Einflusses – wie viel auch immer – des Volkes.

Die Rechten, das heißt die Superreichen und Konzerne und ihre Handlanger in Unternehmer- und Industrieverbänden, in Politik und Medien, wollen das Recht an ihre Wünsche und Bedürfnisse anpassen. Nichts anderes sind die Wünsche der Industriellenvereinigung, die jetzt von der Regierung – sei es das 12-Studenten-Gesetz, sei es das „Sozialversicherungsreform“-Gesetz“ usw. – ja gerade ohne Verhandlungen, ohne Konsenssuche auf Teufel komm heraus in Gesetzesform, also in „Recht“ gegossen werden.

Klar, demokratische Rechtsstaatlichkeit sowie Grund- und Freiheitsrechte sind einzuhalten. Die Politik muss darüber wachen, dass Wirtschaft, Rechtssystem und Gesellschaft sich

daran halten. Die Politik hat gestützt auf und im Interesse der großen Mehrheit/Masse der Bevölkerung über die Wirtschaft zu bestimmen und im Interesse der Masse der arbeitenden Menschen Recht zu setzen, nicht aber für die 1% Superreichen und Multis. Das war beim Ende der Monarchie und der Gründung der Republik so, erreicht durch die Revolutionen in Folge des Krieges der Habsburger und des Deutschen Reiches. Das war Gott sei Dank so nach Niederringung des Faschismus durch Gründung der 2. Republik und das war selbst so beim Kampf um die Verhinderung des AKW Zwentendorf, weil es eben so war: „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht“.

Um gegen die Rechten erfolgreich zu sein, ist der Ruf nach dem Rechtsstaat absolut zu wenig, in die Irre führend und gefährlich. Nur indem man politisch auftritt und sich einsetzt, sich dem entgegensetzt, kann man bestehende Ungerechtigkeiten erfolgreich bekämpfen (siehe Sozialgesetze der 1. und 2. Republik als Ausdruck des Sieges über Monarchie und Faschismus). Letztlich werden auch nur so die Atomlobby und der Klimawandel zu stoppen sein.

In diesem Sinne ist der vollauf berechtigte Protest und der Schlachtruf vieler Jugendlicher zu verstehen: „System Change not Climate Change“ – Systemwandel statt Klimawandel.



an den rand  
geschrieben

**noch**

noch  
sind die  
gelben sterne  
in den alten  
kisten verschlossen

noch  
sind wortgewalten  
mit leine  
und beißkorb  
gezähmt

noch  
sind nicht  
alle hände  
zu fäusten  
geballt

noch  
sind grabsteine  
das ziel  
nicht menschen

noch  
sind marschritte  
nur ganz leise und  
ganz fern  
zu hören

noch

## Aufgelesen

„Reiche Leute zahlen reiche Leute, um Mittelklasse-Leuten zu sagen, arme Leute seien schuld.“ (aus „Augustin“ Nr. 473, 15.1.2019)

# Fukushima

Die Reaktoranlage der Tokyo Electric Power Company Holding (Tepco) bestand aus 6 Reaktorblöcken. Zum Zeitpunkt der Katastrophe waren die Blöcke 4, 5 und 6 zum Glück nicht in Betrieb. (Wartung)

## Fukushima 11. März 2011: ein Tsunami zerstört große Teile im AKW

Ein Erdbeben der Stärke 9 erzeugte am Kraftwerk Tsunamiwellen mit einer Höhe von ca. 13 bis 15 Metern. Für den meeresseitigen Teil des Geländes existierte nur eine 5,70 Meter hohe Schutzmauer. Die 10 Meter über dem Meeresspiegel gelegenen Reaktorblöcke 1 bis 4 wurden bis zu 5 Meter tief überschwemmt, die drei Meter höher erbauten Blöcke 5 und 6 „nur“ bis zu einem Meter. Wenn einer behauptet, das wäre nicht vorhersehbar gewesen, dann lügt er. Das Meiji-Sanriku-Seebeben des Jahres 1869 erzeugte in dieser Gegend Flutwellen bis zu 25 Meter Höhe.

Die an der Küste positionierten Meerwasserpumpen wurden zerstört; Wärme konnte nicht mehr an das Meerwasser abgegeben werden. Ein einziger Generator in Block 6 überstand den Tsunami.

In den Blöcken 1, 2 und 3 kam es zu einer Kernschmelze – das heißt, der überhitzte Reaktorkern schmolz durch den Stahl des Reaktorbehälters durch und fiel unten raus.

Ein Vergleich: die erste Atombombe (Hiroshima) hatte 64 kg Uran.

Fukushima Block 1: 68.000 kg Uran

Fukushima Block 2: 94.000 kg Uran

Fukushima Block 3: 94.000 kg Uran und Plutonium

Der Vergleich zeigt, dass sich mehr als 1000-mal so viel radioaktives Material in einem Reaktor als in einer Atombombe befindet – nur die Explosion macht A-Bomben noch tödlicher. Plutonium ist in geringsten Mengen ein tödliches Gift.

## Fukushima 2017: Strahlung in Fukushima-Reaktor zerstört Roboter

Nach nur zwei Stunden Betrieb wurde ein Roboter aus dem Fukushima-Reaktor abgezogen. Die Strahlung hatte ihn stark beschädigt. Die Strahlung im Reaktor Nr. 2 soll eine Belastung von etwa 650 Sievert pro Stunde erreicht haben, genug um einen Menschen binnen Sekunden zu töten.

## Fukushima 2019: Sonde berührt erstmals geschmolzenes Material

Es zeigt, wie lange eine Hightech-Nation benötigt, um überhaupt nach mehreren gescheiterten Versuchen in den Reaktor vorzudringen. Am 13. Februar erreichte man erstmals mittels einer

ferngesteuerten Sonde im Reaktor 2 die Ablagerungen der Schmelze auf dem Gehgitter unterhalb des Druckkessels im Sicherheitsbehälter. Nüchtern betrachtet: nach 8 Jahren ein Armutszeugnis.

## Hochverseuchter Atom Müll

Ursprünglich war Tepco davon ausgegangen, 2021 mit dem Abbau des AKW zu beginnen. Erwartet wurde, dass damit Tausende von Arbeitern 30-40 Jahre lang beschäftigt würden. Die Städte in der Nähe des AKW hoffen, dass dadurch auf Jahrzehnte hinaus Arbeitsplätze gesichert sind, schließlich ist nicht nur der Betrieb eines AKW ein Geschäft, sondern auch der Rückbau. Allerdings ist bislang noch nicht geklärt, wo der hochkontaminierte Abfall deponiert werden soll.

Die Regierung der Präfektur fordert, dass das geschmolzene Material weggebracht wird. Das wird heikel werden, weil sich kaum Gemeinden finden lassen werden, die es auf ihrem Gebiet zwischenlagern wollen.

## Radioaktives Wasser

Es ist auch noch keine Lösung für das zwar teilweise gefilterte, aber weiterhin durch Tritium und Jod 129 belastete Wasser gefunden worden, das in 900 Tanks, die jeweils 1.000 Tonnen fassen, auf dem Gelände gelagert wird. Übrigens weiß man, dass große Mengen radioaktiven Wassers in den Pazifik gelangt sind und weiterhin gelangen.

## Schilddrüsenkrebs

Schilddrüsenkrebs bei Kindern ist sehr selten. Statistisch bekommt nur ein Kind von einer Million Kindern diese Krankheit. Aber in Tschernobyl war es ein Kind von 10.000 und in Fukushima gibt es eine Krebserkrankung pro 3.000 Kindern.

*(Text basierend auf Recherchen von **Telepolis** und [http://fukushimaontheglobe.com/the\\_earthquake\\_and\\_the\\_nuclear\\_accident/health-and-medical-services/4497.html](http://fukushimaontheglobe.com/the_earthquake_and_the_nuclear_accident/health-and-medical-services/4497.html))*

*[https://www.deutschlandfunk.de/sechs-jahre-nach-fukushima-krebspatienten-als-stoerfaktor.799.de.html?dram:article\\_id=381018](https://www.deutschlandfunk.de/sechs-jahre-nach-fukushima-krebspatienten-als-stoerfaktor.799.de.html?dram:article_id=381018))*

\*

Das alles zeigt die verbrecherische Verantwortungslosigkeit der AKW-Betreiber. Das Geschilderte macht deutlich, dass man keine Lösung hat und den Menschen nur „tödlichen Sand in die Augen streut“. Man will uns vortäuschen, man könnte einen Super-Atom-GAU im Griff haben und weiterhin AKWs betreiben. Die Tatsachen beweisen aber, dass die Atommafia absolut nichts im Griff hat – außer die Medien, die Wirtschaft und die Politik. Das tödliche Atomgeschäft soll um jeden Preis weitergehen. Zu diesem Zweck wird gelogen und beschwichtigt, dass sich die Balken biegen.





## Wien, Heldenplatz, 10 – 16.00 Uhr

In Wien gehen seit Dezember 2018 SchülerInnen und StudentInnen auf die Straße und halten jeweils am Freitag von 10.00 bis 13.00 Uhr in Wien am Heldenplatz vor dem Ausweichquartier des Parlaments unter dem Motto „**Fridays for Future**“ einen „Schulstreik fürs Klima“ ab. Diese Aktion ist in Anlehnung an den „**Skolstrejk för Klimatet**“ der schwedischen Schülerin Greta Thunberg von „**Climate Justice Now**“ entstanden. In rund 300 Städten in Europa finden bereits solche Schulstreiks fürs Klima statt und am 15. März 2019 der „**Weltweite Klimastreik**“.

*Wir, die Jugend, haben begonnen uns zu wehren. Wir werden das Schicksal der Menschheit ändern, ob ihr das nun mögt oder nicht. Gemeinsam werden wir uns am 15. März erheben und noch viele Male danach, bis Klimagerechtigkeit herrscht. Wir fordern die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf, Verantwortung zu übernehmen und diese Krise zu lösen oder zurückzutreten. Ihr habt in der Vergangenheit versagt. Wenn ihr weiterhin versagt, werden wir jungen Menschen selbst diesen Wandel vollziehen. Die Jugend dieser Welt hat begonnen, sich zu bewegen, und wird nicht wieder ruhen. (Fridays For Future, 2.3.2019)*



Foto: © ggae

**Auch wir „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“ sehen das so und unterstützen diese wichtigen Proteste aktiv.**



Mittlerweile haben sich auch Wissenschaftler „**Scientists4Future**“ gegründet und unterstützen die internationalen Schulstreiks, denn nur wenn die Menschen das Klimaanliegen selbst in die Hand

nehmen besteht überhaupt Aussicht auf Erfolg. Auf die Politik und die Konzerne ist kein Verlass. Im Gegenteil!

## **Die Rede von Greta Thunberg auf der Klimakonferenz in Katowice, Polen, Dezember 2018:**

*„Ich spreche im Namen der Initiative Climate Justice Now. Viele Menschen sagen, Schweden ist nur ein kleines Land und dass es egal ist, was wir tun. Aber ich habe gelernt, dass man nie zu klein dafür ist, um einen Unterschied zu machen. Wenn ein paar Kinder auf der ganzen Welt Schlagzeilen machen können, indem sie einfach nicht zur Schule gehen, dann stellt euch vor, was wir gemeinsam erreichen könnten, wenn wir es wirklich wollen würden. Aber um das zu tun, müssen wir klar sprechen. Ganz egal, wie unangenehm das sein mag. Ihr sprecht nur von grünem, ewigem Wirtschaftswachstum, weil ihr zu viel Angst habt, euch unbeliebt zu machen. Ihr sprecht nur darüber, mit den immer gleichen schlechten Ideen weiter zu machen, die uns in diese Krise geführt haben. Und das obwohl die einzige vernünftige Entscheidung wäre, die Notbremse zu ziehen. Ihr seid nicht einmal erwachsen genug, die Wahrheit zu sagen. Sogar diese Bürde überlasst ihr uns Kindern. Aber mir ist es egal, ob ich beliebt bin. Ich will Gerechtigkeit in der Klimafrage und einen Planeten, auf dem wir leben können. Unsere Zivilisation wird dafür geopfert, dass ein paar wenige Menschen auch weiterhin enorme Summen an Geld verdienen können. Unsere Umwelt wird geopfert, damit reiche Menschen in Ländern wie meinem in Luxus leben können. Es ist das Leid vieler Menschen, das für den Luxus dieser wenigen Menschen bezahlt. Im Jahr 2078 werde ich meinen 75. Geburtstag feiern. Falls ich Kinder habe, werden sie diesen Tag vielleicht mit mir verbringen. Vielleicht werden sie mich nach euch fragen. Vielleicht werden sie fragen, warum ihr nichts unternommen habt, solange es noch Zeit gab, um zu handeln. Ihr sagt, dass ihr eure Kinder über alles liebt. Und trotzdem stiehlt ihr ihnen ihre Zukunft, direkt vor ihren Augen. Solange ihr euch nicht darauf konzentriert, was getan werden muss, sondern darauf, was politisch möglich ist, gibt es keine Hoffnung. Wir können keinen Ausweg aus dieser Krise finden, wenn wir sie nicht wie eine Krise behandeln. Wir müssen die fossilen Brennstoffe im Boden lassen. Und wir müssen uns auf Gerechtigkeit konzentrieren. Und wenn Lösungen in diesem System so schwer zu finden sind, dann müssen wir vielleicht das System ändern. Wir sind nicht hierher gekommen, um die Spitzenpolitiker der Welt anzubetteln. Ihr habt uns in der Vergangenheit ignoriert. Und ihr werdet uns wieder ignorieren. Euch gehen die Entschuldigungen aus. Und uns geht die Zeit aus. Wir sind hierhergekommen, um euch wissen zu lassen, dass Veränderung kommen wird, ob es euch gefällt oder nicht. Die echte Macht liegt bei den Menschen. Danke.“*

<https://www.youtube.com/watch?v=HzeekxtyFOY>

„Scientists4Future“ <http://eepurl.com/qiu9av>

# Venezuela

## Wo bleibt die Achtung von Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht?

Jean Feyder, ehemaliger Botschafter Luxemburgs bei den Vereinten Nationen

Der Venezuelanische Präsident „Maduro wurde am 20. Mai 2018 wiedergewählt, und das durch Wahlen, die auf Anfrage der Opposition hin vorgezogen wurden und nicht erst im Dezember abgehalten wurden.

Im Februar 2018 fanden in der Dominikanischen Republik Verhandlungen über die Wahlorganisation unter dem ehemaligen spanischen Premierminister Zapatero statt. Es kam zu einer Einigung, doch im letzten Moment, als Zweifel über einen Sieg der Opposition aufkamen, zogen sich drei Oppositionsparteien, unter Einfluss der USA, zurück, mit der Absicht, die Legitimität der Wahlen infrage zu stellen.

Doch 16 Parteien beteiligten sich, sechs Kandidaten stellten sich der Wahl zum Präsidenten. Fast 9,5 Millionen nahmen an der Wahl teil – 46 Prozent der Wähler. Es gab 150 internationale Wahlbeobachter, für die „die Wahlen recht transparent waren und den internationalen sowie der nationalen Gesetzgebung entsprachen“.

Maduro gewann mit großer Mehrheit, mit 6,2 Millionen Stimmen (67,84%), gefolgt von Henri Falcón mit 1,9 Millionen (20,93%). Keiner der Kandidaten stellte die Resultate infrage.“

*(Quelle: tageblatt.lu/headlines/venezuela-wo-bleibt-die-achtung-von-rechtsstaatlichkeit-und-voelkerrecht. 6. Februar 2019. 13:05 Uhr)*

## Die USA bereiten sich seit Jahren auf eine Militärintervention in Venezuela vor

Die seit Jahren verhängten Sanktionen gegen Venezuela sollen, wie es im Fall der Blockade gegen Kuba bereits 1960 in einem Memorandum der US-Regierung offen formuliert wurde, »Hunger, Elend und Verzweiflung« erzeugen. In Washingtons Planspielen erfordert die Not der Bevölkerung dann irgendwann »humanitäre Hilfsmaßnahmen«, die notfalls mit einer militärischen Intervention durchgesetzt werden und zum Sturz unbequemer Regierungen führen. In Jugoslawien, dem Irak und Libyen, wo die Einrichtung eines »humanitären Korridors« jeweils einem Krieg vorausging, war die Methode erfolgreich. In Lateinamerika wird sie deshalb seit Jahren geübt.

So fand in der Karibik zum Beispiel unter dem Oberbefehl des Südkommandos der US-Streitkräfte (»Southcom«) im Juni 2017 das multinationale Militärmanöver »Tradewinds 2017« statt. Mehr als 2.500 Soldaten aus 15 Staaten der Region sowie den NATO-Ländern Kanada, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien waren beteiligt. Nach Aussagen des damaligen Southcom-Befehlshabers Admiral Kurt W. Tidd bestand ein Ziel der Übung in der »Vorbereitung auf humanitäre Hilfeinsätze«. Ausgangspunkt des Manövers war der nur 30 Kilometer vor der venezolanischen Küste gelegene Marinehafen Chaguaramas auf der Karibikinsel Trinidad. Im April 2017 hatte Tidd erklärt: »Die wachsende humanitäre Krise in Venezuela könnte eine regionale Antwort erforderlich machen.«

Nur fünf Monate später wurde in dem »Tres Fronteras« genannten Dreiländereck zwischen Brasilien, Peru und Kolumbien das einwöchige Militärmanöver »Amazon Log 17« durchgeführt. Neben Truppen der drei Staaten waren – nach dem parlamentarischen Staatsstreich gegen die linke Präsidentin Dilma Rousseff – zum ersten Mal in der Geschichte auch die USA an einer Übung im Amazonasgebiet beteiligt. Auch dieses natürlich von Southcom überwachte Manöver diente offiziell vor allem dem Training »humanitärer Hilfsmaßnahmen«.

Anfang Januar 2018 berichtete das strategische lateinamerikanische Zentrum für Geopolitik (Celag), dass 415 Angehörige der US-Luftwaffe zu einer Southcom-Übung mit dem Namen »Nuevos Horizontes« (Neue Horizonte) in Panamá eingetroffen waren. Ihr Auftrag seien der »Schutz« der Kanalzone sowie »humanitäre Einsätze«.

Und das multinationale Großmanöver in Guatemala im April 2018? Wie der Name »Ejercicio Fuerzas Aliadas Humanitarias« (Übung der verbündeten humanitären Streitkräfte) bereits verrät, bestand eine Aufgabe der Southcom unterstellten Einheiten natürlich in der Koordinierung von »humanitären Interventionen«.

*(Quelle: Junge Welt, Ausgabe vom 16.02.2019, Seite 3 / Schwerpunkt Venezuela Washingtons »humanitäre Maßnahmen«. Von Volker Hermsdorf)*

# Ausreisezentrum – für Kickl ...

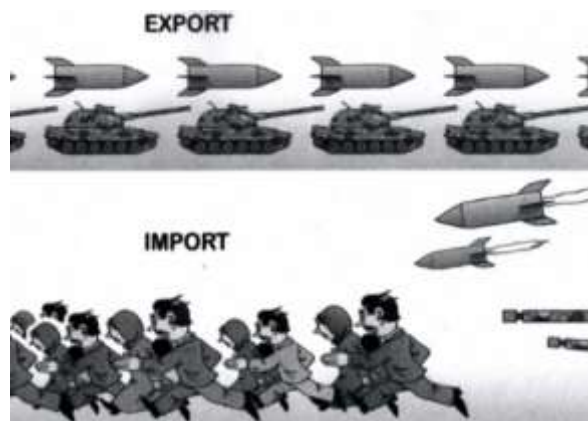
... ist das der neue Name statt bislang „Aufnahmezentrum“ für Flüchtlinge und Asylsuchende. Doch die Namensänderung ändert nichts an der Tatsache, dass sowohl die Zahl der Flüchtlinge als auch die Zahl der Asylanträge massiv zurückgegangen ist. Die Namensänderung soll Alarm, totale Gefahr und „Tatkraft“ der Regierenden signalisieren, wo die Gefahr nicht so riesig wie dargestellt und die „Macherqualität“ geringer als vorgespiegelt ist. Zudem soll signalisiert werden, die Lösung aller Probleme sei dadurch gegeben. Doch in Wirklichkeit ist diese Vorgangsweise nicht nur menschenverachtend, sondern dient zur Ablenkung von den wahren sozialen Ungleichheiten im Land, dass die Reichen reicher, die Armen noch ärmer gemacht werden. Indem auf „die Ausländer“, die Arbeitslosen, die Notstands- und Mindestsicherungsbezieher hingehauen wird, soll davon abgelenkt werden, dass es die in- und ausländischen Reichen, die in- und ausländischen Konzerne sind, die der Regierung das Programm diktieren. Es ist oberste Aufgabe der Regierung, Sündenböcke bei den unteren Schichten zu suchen auf die draufgeschlagen wird, damit sich Wut und Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeit nicht nach oben, nicht gegen die Reichen und Konzerne richten.

Was Flüchtlings- und Asytleid, Flüchtlings- und Asylwanderungen verhindern würde, wäre Beendigung der Kriege und Militärinterventionen dort, woher die Geflüchteten kommen. Die Regierung verurteilt und bekämpft nicht die Kriegstreiber, ja macht politisch und zum Teil schon militärisch trotz unserer Neutralität überall mit. Die Regierung bekämpft nicht die Kriegstreiber, sondern die vor Krieg und Not Flüchtenden. Sie zahlt nicht einmal genug oder gar nichts an die UNO-Flüchtlingsorganisation, um ausreichend Nahrung und ordent-

liche Flüchtlingsunterkünfte vor Ort sicherstellen zu können. Aber gleichzeitig regt sie sich auf, dass so viele zu uns kommen.

Das ist ein abgekartetes, menschenunwürdiges und menschenverachtendes Spiel. Weil die USA, Israel und Saudi-Arabien, die den IS und die IS-Terroristen finanziert haben, Syrien nicht erobern konnten, kommen aus dieser Gegend tatsächlich weniger Flüchtlinge. Je weniger Asylanträge tatsächlich gestellt werden, umso lauter brüllt die Regierung. Österreichweit stehen Flüchtlingsquartiere leer und private Betreiber haben über Jahre hinaus noch weiterführende, gut bezahlte Verträge – das kostet uns Steuerzahler viel Geld. Auch das soll die Umbenennung der Aufnahmezentren in „Ausreisezentren“ vertuschen. Die Regierung will erreichen, dass wir jubeln, während wir immer mehr ausgeraubt werden. Die wahren „Zuwanderer ins Sozialsystem“ sind die Reichen und Konzerne, die im Verhältnis zu den unteren Einkommen keine oder geringe Steuern zahlen. Denn auch die nicht lohnsteuerpflichtigen Niedrigverdiener (Working Poor / Arbeitsarmut) zahlen alle Massen- und Konsumsteuern, teure Mieten, Abgaben usw.

## Fluchtursachen



Fortsetzung von Seite 2:

## „Sicherungshaft“

Aber genau da ist es, was die türkis-blaue Regierung letztlich will: hat sie einmal das neue Gesetz, kann sie es jederzeit auf alle Staatsbürger ausweiten. Denn die vom Innenminister gegebene Beschreibung der „Sicherungshaft“ sieht keine konkreten Kriterien vor, wann jemand in „Sicherungshaft“ genommen werden kann.

Es gibt keine genaue Beschreibung, welche Tatbestände erfüllt sein müssen usw. Auch der Präsident der Rechtsanwaltskammer Rupert Wolff und die

Präsidentin der Richtervereinigung, Sabine Matejka, befürchten über Asylwerber hinausgehende Eingriffe in Freiheitsrechte und halten das Gesetz für „brandgefährlich“. Wieso? Matejka: „So wie ich das verstanden habe, soll die Verfassungsänderung nicht gezielt auf eine Regelung im Asylbereich abstellen, sondern viel offener sein. Damit eröffnet man die Möglichkeit für weitere einfachgesetzliche Eingriffe in Freiheitsrechte.“ (ORF, ZIB 1, 7.3.2019). Damit ist der Willkür gegen alle Tür und Tor geöffnet. Heute sind es „Asylwerber“, morgen protestierende GewerkschafterInnen, klimastreikende SchülerInnen und StudentInnen oder streikende ArbeiterInnen. Das steckt hinter der „Sicherungshaft“.

Was wir brauchen:

## Ein Bundesheer für die Neutralität, nicht für neue Kriege

Bundespräsident Van der Bellen hat in seinem Tagesbefehl vom 22.12.2018 mehr Geld für das Bundesheer verlangt. Er wolle bei den Budgetverhandlungen darauf achten, dass „*der verfassungskonforme Zustand des Bundesheeres wiederhergestellt wird*“. Das Bundesheer sei dazu bestimmt „*den Schutz der inneren Ordnung des Staates zu gewährleisten und seine Souveränität gegen jede Bedrohung von außen zu gewährleisten*“. (Wiener Zeitung 22.12. 2018) Wieso sagt Van der Bellen das, wird doch Österreich von niemandem bedroht. FP-Verteidigungsminister Kunasek jedoch ist über Van der Bellens Aussage sehr froh: „Ich freue mich, den Herrn Bundespräsidenten als Mitstreiter auf meiner Seite zu sehen, wenn es darum geht, das Bundesheer ordentlich zu finanzieren. (Wiener Zeitung 22.12. 2018)

Van der Bellen Aussagen können auch die Regierung nur freuen.

Zum „Schutz“ der sogenannten inneren Ordnung des Staates ist die Regierung, so wie auch frühere Regierungen, schon lange aktiv. Z.B. wird das Heer seit Jahren mit sog. „Crowd and Riot Control“(CRC) Ausrüstungen ausgestattet. (CRC heißt Überwachung von Menschenansammlungen und Eindämmung von Krawallen). Die Ausrüstungen sind de facto Polizeiausrüstungen für Soldaten, also Knüppel, Schilder, Helme sowie Arm- und Beinschutz. Von 2018 bis 2020 sollen 5.500 dieser Ausrüstungen angeschafft werden. Während die Polizei immer mehr militärisch ausgerüstet wird, erhält das Heer vice versa immer weitere Polizeibefugnisse. So wird das Heer schon seit Jahren für Einsätze gegen Demonstrationen und wie es heißt gegen Betriebsbesetzungen vorbereitet. Zuletzt haben Mitte November 2018 700 Soldaten des Wiener Jägerbataillons 2 und 100 Polizisten gemeinsam diese Einsätze trainiert. Als Vorwand für das Training dient der Regierung die „*Aufrechterhaltung der Infrastruktur*“ zu gewährleisten und den „*attraktiven Wirtschaftsstandort*“ zu sichern. Wenn das Militär also bei Betriebsstreiks anrückt, kann das in Folge die militärische Durchsetzung eines Streikbruchs bedeuten. Ebenso soll das Militär bei „*gegen Österreich gerichteten Großdemonstrationen*“ eingesetzt werden. Der Bundespräsident verlangt also mehr Geld für den Ausbau des Heeres, das gegen die

Bevölkerung eingesetzt werden soll, wenn sie sich gegen die Ausplünderungspolitik der Regierung wehrt bzw. gegen Demokratieabbau durch die Regierung auf die Straße geht. Die Regierung ändert im Übrigen gerade das sogenannte Militärbefugnisgesetz. Diese Änderungen „sollen dem Bundesheer mehr Rechte geben, auch im Einsatz gegen Demonstranten.“... „*Das Militär würde damit also Rechte erhalten, die bisher nur die Polizei hat.*“... „*Militärische Organe können dann nach Belieben Personenkontrollen durchführen*“. Selbst das Justizministerium warnt vor auf uns zukommende „*Grundrechtseingriffe*“ (Die Presse 26.2. 2019)

Weiters spricht der Bundespräsident, wie oben erwähnt, davon, dass das Heer den Schutz des Staates gegen jede Bedrohung von außen und seine Souveränität gewährleisten muss. Jedoch wird Österreich an seinen Außengrenzen von niemandem militärisch bedroht. Dennoch haben Österreichs Regierungen schon seit langem bei den Aufrüstungsplänen der EU mitgemacht (siehe z.B. auch die früheren Verteidigungsminister Darabos, Klug, Doskozil). 2017 hat die Regierung der „*Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit*“ (SSZ) = PESCO-Vertrag, das heißt einem militärischen Kerneuropa, zugestimmt. Das ist alles völlig unvereinbar mit Österreichs Neutralität. Und van der Bellen macht mit. Laut PESCO-Vertrag verpflichten sich die unterzeichneten Staaten erstens das Heeresbudget auf 2% des BIP (Bruttoinlandsprodukt) zu erhöhen, d.h. für Österreichs Heer von derzeit ca. 2,6 Milliarden Euro auf über 7 Milliarden Euro, (also von ca. 0,6% auf das Dreifache). Zweitens verpflichtet die EU-PESCO uns zur „*wesentlichen Unterstützung in Form von Truppen und Material für EU-Auslandseinsätze bereitzustellen*“, d.h. Soldaten in globale EU-Krisen- und Kriegsgebiete zu schicken, unsere Steuergelder und das Leben unserer Soldaten für EU-Kriege bereitzustellen. Drittens verpflichtet die EU uns außerdem für die Europäische Rüstungsunion zu zahlen. Z.B. sollen für den Europäischen Verteidigungsfond (EVF), das heißt u.a. für die Erforschung und Entwicklung von Rüstungsgütern, im EU-Haushalt 2021 bis 2027 insgesamt bis zu 13 Mrd. zur Verfügung gestellt werden. Diese 13 Milliarden Euro müssen um die Beiträge der



Mitgliedsstaaten erhöht werden, d.h. es kommen noch 48 Milliarden Euro dazu. (IMI-12/2018)

Generalmajor Mag. Dr. Johann Frank, schon seit 2008 für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) beschäftigt und seit 2014 dort Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik, spricht sich wie ein Teil der Regierung sogar dafür aus, dass das österreichische Bundesheer die EU-Außengrenzen schützen soll. Er rühmt sogar den EVF. Zu den Erfolgen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft zählt er: „...auf jeden Fall die Ausverhandlung des Europäischen Verteidigungsfonds“. Österreichs Anteil allein dazu bis 2020 soll schon ca. 690 Millionen an EU-Geldern betragen, die in Aufrüstung, d.h. Kriegsvorbereitung fließen. Die Regierung gibt viele hunderte Steuer-Millionen für die EU-Aufrüstungspläne unter Deutschlands Führung aus, während bei den arbeitenden Menschen, bei den Löhnen und Gehältern, im Sozialbereich, im Gesundheitswesen gespart wie noch nie und die Unternehmer noch mehr Steuer-geschenke erhalten.

Im Übrigen verbietet der Artikel 41 des EU-Vertrags die Finanzierung von Verteidigung und Militär und damit auch Rüstungsprogramme. Die EU rüstet auf Biegen und Brechen auf, obwohl das laut ihrem eigenen EU-Vertrag verboten ist. Das z.B. müsste der Bundespräsident anprangern, wenn er die Wahrung der Verfassung verlangt.

**Für Österreich ist die Teilnahme an PESCO völlig unvereinbar mit der Neutralität, das ist politischer Landesverrat. Die Teilnahme ist zudem staatsvertragswidrig und birgt die Gefahr in Konflikte von Großmächten hineingezogen zu werden.**

Wenn der Bundespräsident bezüglich des Bundesheeres Österreichs „Souveränität“ in den Mund nimmt, dann sollte er wissen, dass Österreichs Souveränität auf unserer Neutralität fußt, dass wir Österreicher uns 1955 mit dem Staatsvertrag und dem Neutralitätsgesetz für die immerwährende Neutralität im Verfassungsrang entschieden haben. 90% der Österreicher sind für die Beibehaltung der Neutralität. Dafür einzutreten, nur d a s ist verfassungskonform.

Am Nationalfeiertag 2018 betonte der Bundespräsident auch im Zusammenhang mit der Europäischen Union: „Wer seine Heimat liebt, ist für das vereinte Europa. Denn die Europäische Union ist Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Nur gemeinsam sind wir stark.“

Jedoch, die EU ist in Wahrheit keine Friedensunion, im Gegenteil. Die EU, das zeigt sich immer mehr,

dient der Durchsetzung der geopolitischen Interessen der Großmächte Deutschland und Frankreich, auch mit kriegerischen Mitteln. Österreichs Regierungen machen längst im Interesse der Herrschenden bei den EU-Aufrüstungsplänen unter Führung Deutschlands mit.

Die Unterschrift bei PESCO war ein weiterer Schritt. Das ist alles mit Österreichs Neutralität unvereinbar. Die EU ist kein „Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand“. Im Gegenteil, es geht in der EU um Aufrüstung auf unsere Kosten, es geht um Kriegs-pläne, es geht um neue Eroberungen und Machtausweitungen durch Kriege. Es geht nicht um Freiheit für die Menschen sondern um Freiheit für noch mehr Profite, es geht nicht um Wohlstand für die Masse der Menschen sondern noch mehr Reichtum für die 1% Superreichen.

Gelingt es dem Teil der Herrschenden in Wirtschaft und Politik bei uns, die Interesse an einem Krieg haben, die österreichische Bevölkerung in einen neuen großen Krieg unter der Führung Deutschlands oder der USA/NATO hineinzutreiben oder wird die große Mehrheit der Österreicher, die unsere Neutralität beibehalten will, das verhindern? Die herrschende Politik des Mitmarschierens bringt uns keinen Schutz, keine Sicherheit, im Gegenteil, sie gefährdet unser Land und macht uns angreifbar. Wir brauchen kein Bundesheer zur Demontage unserer Neutralität.

Wir brauchen ein Heer das unsere Neutralität verteidigt, unsere Verfassung schützt. Wir brauchen eine breite Bewegung zur Aufrechterhaltung, zur Verteidigung unserer Neutralität.

**Staatliche Unabhängigkeit, Demokratie, Antifaschismus, Antimilitarismus und Neutralität, das sind die Grundsätze der Verfassungsordnung der 2. Republik!**



## Aktionsbündnis

# Frieden, aktive Neutralität und Gewaltfreiheit (AbFaNG)

Die Entschlossenheit der Völkergemeinschaft, zukünftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, wird bereits in der Präambel der Charta der Vereinten Nationen ausgedrückt. In diesem Sinne hält auch die Verfassung der UNESCO fest, dass der Friede im Geist der Menschen so verankert werden muss, dass Kriege undenkbar werden. Die UNESCO stellte 1995 das Konzept einer „Kultur des Friedens“ vor, und die Vereinten Nationen erklärten die Jahre 2001 bis 2010 zur „Internationalen Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit für die Kinder der Welt“.

***Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen bringt klar zum Ausdruck, dass zukunftsfähige Entwicklung nur mit Frieden und Frieden nur mit zukunftsfähiger Entwicklung möglich ist.***

2015 wurden 17 „Nachhaltige Entwicklungsziele“ (SDG) von den UN-Mitgliedern verabschiedet, zu deren Umsetzung sich auch Österreich verpflichtet hat. Insbesondere das Ziel 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen) spricht die Notwendigkeit eines inklusiven Friedens für die gesamte Weltbevölkerung an, um ein gutes Leben für alle zu erreichen. Gewalt, meist durch elitäre Gruppeninteressen propagiert, kann durch ausgewogen informierte, demokratisch mitbestimmende Frauen und Männer lokal, regional, national bis global verhindert werden.

Diesen hoffnungsvollen Erklärungen widersprechen militärische Vereinbarungen der Regierungen: Unter der Bezeichnung „Ständige, Strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO) wurde 2017 eine verstärkte Militarisierung der EU gestartet und im November 2018 im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes konkretisiert. Zuvor trat Österreich dem NATO-Partnership for Peace-Programm bei und neuerdings wird eine Aufrüstung des Bundesheeres geplant.

Keines der akuten Menschheitsprobleme ist mit Waffengewalt und militärisch organisiertem Töten zu lösen. Ganz im Gegenteil: Kriegspropaganda unterstützt durch die Kriegsindustrie und das Schaffen von Feindbildern durch subtil manipulierende Machteliten verhindern eine zukunftsfähige Entwicklung für ein friedliches Leben für alle. Geopolitische Machtinteressen sowie die gewalttätige Aneignung natürlicher Ressourcen stehen in fundamentalem Widerspruch zum Völkerrecht, das ein Gewaltverbot deklariert. Um der Expansion des militärisch-industriellen Komplexes entgegen zu treten, bedarf es friedensfördernder Bemühungen, durch die die Bevölkerung demokratisch erklärt, dass Rüstung nicht zu Sicherheit führt, und die Verteidigung der Freiheit nicht an Heere gebunden ist. Die Umlenkung von Militärausgaben in Richtung der Umsetzung der SDG würde nachhaltig zu weltweiter Sicherheit beitragen, sobald alle Menschen genug zu essen, ein Dach über dem Kopf, sowie Zugang zu ärztlicher Versorgung, zu Bildung und ein existenzsicherndes Einkommen für menschenwürdige Tätigkeiten haben.

## Neutrales Österreich – aktiv für den Frieden

Österreich hat sich als neutrales Land durch sein Engagement für weltweite Abrüstung ausgezeichnet (Vertrag zum Verbot von Anti-Personen-Minen, Vertrag zum Verbot von Streubomben, Nichtweiterverbreitungsvertrag und Verbot von Atomwaffen, etc.). In Österreich wirkt eine lebendige, dem Frieden und der Gerechtigkeit verpflichtete Zivilgesellschaft. Sie baut auf einem reichen Schatz an Wissen über Konfliktlösung und Friedensarbeit mit historischen Vorbildern auf: Bertha von Suttner, Alfred Fried, Karl Kraus, Franz Jägerstätter, Hildegard Goss-Mayr, Stefan Matzenberger, Gerald Mader, Hans Thirring u.a. In dieser Tradition muss sich Österreich, beginnend im eigenen Land, weiter proaktiv um Frieden und Gewaltfreiheit auf allen politischen Ebenen bemühen.

Die immerwährende Neutralität Österreichs wird von einer überwältigenden Mehrheit der ÖsterreicherInnen unterstützt und besagt, dass Österreich keine militärischen Aktivitäten fremder Staaten auf seinem Gebiet zulässt, keinen militärischen Bündnissen beitrifft und eine aktive Friedenspolitik betreibt. Jegliche Art der Teilnahme Österreichs (finanziell, logistisch, militärisch) an der Militarisierung der EU, an Kooperationen mit der NATO oder an militärischen Auslandseinsätzen widerspricht der Neutralität und ist daher entschieden abzulehnen.

***Daher verpflichtet sich Österreich zu einer eigenen, aktiven Friedensarbeit, um in Zusammenarbeit mit anderen Staaten und Organisationen für Gewaltfreiheit einzutreten:***

- für eine friedensstiftende Außen- und Sicherheitspolitik durch zivile, gewaltfreie Mittel;
- gegen eine Militarisierung Österreichs und der EU;
- für weltweite Abrüstung, bis dahin den internationalen Waffenhandel für militärische Zwecke abzuschaffen, vor allem österreichische Exporte militärischer Produkte;

- für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, die der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen dient und dabei die Menschenrechte achtet, um sozialen und wirtschaftlichen Spannungen und Abhängigkeiten vorzubeugen, und um Gewalt zu unterbinden;
- eine Politik, die Fluchtursachen abbaut, Geflüchteten hilft und ihnen auch in Österreich Schutz gewährt, wenn internationale und interne Kriege oder ökologische Zerstörung und Klimawandel Migration verursachen.

**Eine aktive Friedens- und Neutralitätspolitik umfasst u.a. folgende Maßnahmen:**

- Aktive Friedenspolitik im In- und Ausland als Staatsziel in der Verfassung verankern und deren Umsetzung institutionalisieren, um staatliche und zivilgesellschaftliche Maßnahmen zur Friedenserhaltung und -stiftung zu initiieren und zu koordinieren, wofür Mittel in wirksamer Größenordnung (mindestens 1%-des Bundesbudgets) eingesetzt werden.
- Staatlich geförderte, zivile Friedensdienste mit geschulten Friedensfachkräften zur Prävention, bzw. zum Abbau von Konflikten und zur Stabilisierung des Friedens nach gewaltsamen Konflikten aufbauen und im In- und Ausland anbieten.
- Eigenständige, wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklungsstrategien aus der Bevölkerung erarbeiten, um die SDG zu verwirklichen – lokal bis global.
- Die österreichische Diplomatie und andere AkteurInnen aktiv für effiziente Vermittlungstätigkeiten in Konflikten in Kooperation mit anderen neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten sowie internationalen, friedensstiftenden Organisationen wirksam einsetzen.
- Keine wie immer geartete Beteiligung an militärischen Bündnissen und (Re-) Militarisierungsbestrebungen, wie beispielsweise am NATO-Partnership for Peace-Programm, an PESCO (Permanent Structured Cooperation der EU), an den EU-Battlegroups, an der EU-Rüstungsagentur und bei Aufrüstungsverpflichtungen.
- Kontinuierliche, politische Aktivitäten für die weltweite Durchsetzung des Menschenrechts auf Wehrdienst- bzw. Kriegsdienstverweigerung und die Aufnahme dieser Fluchtgründe ins Asylrecht.
- Friedensbildung auf allen Ebenen des nationalen Bildungssystems sowie internationale Austauschprogramme für Friedensbildung einführen.
- Friedensforschung an heimischen Hochschulen und Universitäten substanziell auf- und ausbauen, inkl. internationaler Studiengänge und Kooperationen.

Mit dem Blick auf die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft kann Österreich so zu einem Modell werden, das im eigenen Land und weltweit einen wegweisenden Beitrag für gewaltfreie Konfliktlösung, zum Schutz der Menschenrechte in allen Lebens- und Arbeitsbereichen, für größere Gerechtigkeit und sozialen Frieden zu leisten vermag.

**Die Möglichkeiten einer aktiven Friedens- und Neutralitätspolitik können wir am besten nutzen, indem wir die Glaubwürdigkeit der Neutralität wiederherstellen, national Friedensbildung und -forschung massiv fördern, sowie gegen jegliche Militarisierung, wo auch immer, auftreten und uns für friedenspolitische Mittel auf allen Ebenen einsetzen.**



*Am Positionspapier von AbFaNG, an dem auch wir „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“ mitgearbeitet haben und das wir unterstützen, sind bisher rund 30 Organisationen bzw. Personen beteiligt. Wien, Februar 2019*

## Atomgefahr: AKWs Mochovce 3 + 4 sollen in Betrieb gehen

Beim umstrittenen Ökostromgesetz \* prangert die Regierung ihre Kritiker als Freunde des Atomstroms an. Die dazu von der ÖVP geschaltete Plakatserie musste mittlerweile durch einstweilige Verfügung des Gerichts gestoppt werden. Zur geplanten Inbetriebnahme der slowakischen AKWs Mochovce 3+4 schweigt „Umweltministerin“ Köstinger. Dabei könnte eine Klage erfolgreich sein, weil die Slowakei 2010 die Umweltverträglichkeitsprü-

\* Laufzeitverlängerung für 47 von 150 wirtschaftlich fragwürdigen Biomasseanlagen durch Förderung mit insgesamt 150 Mio. Euro ohne Angaben, welche Anlage in welcher Höhe gefördert wird (siehe Wiener Zeitung, 13. Feber 2019).

fung (UVP) einseitig, ohne Beantwortung der österreichischen Sicherheitsanfragen, abschloss bzw. später zur Verfügung gestellte Unterlagen umfassend geschwärzt waren, also keine sachkundige Bewertung zuließen.

Mochovce liegt nur 100 km von der österreichischen Grenze entfernt. Schon die AKWs Mochovce 1+2 verseuchen die umliegenden Flüsse mit radioaktivem Wasserstoff, was besonders für Kinder eine erhöhtes Krebsrisiko bedeutet. Jetzt sollen auch die Reaktoren Mochovce 3+4 in Betrieb

Fortsetzung nächste Seite

gehen, obwohl die Technik veraltet ist. Die Reaktoren wurden auf Basis einer 1970er Technologie Mitte der 1980er Jahre gebaut. 1999 kam es zu einem Baustopp, die Reaktoren 3-4 wurden eingemottet, erst ab 2007 weitergebaut. Bau und Anlagenteile sind 20 Jahre alt. Beteiligt am Bau ist auch der österreichische Baukonzern STRABAG. Die Mochovce-Reaktoren haben kein Volldruck-Containment und sind nicht erdbebensicher. Im Herbst 2018 bestätigte ein gelekter

Bericht der Atombetreiber (WANO\*) grobe Sicherheitsmängel auf der Baustelle der Reaktoren 3+4. Für die türkis-blaue Regierung, für die türkise „Umweltministerin“ Köstinger, für die blaue Außenministerin Kneissl noch immer kein Grund, um tätig zu werden!?

\* WANO (World Association of Nuclear Operators) mit Sitz in London ist eine Interessensverbindung der Betreiber von AKWs und soll alle Unternehmen und Länder mit aktiven kommerziellen AKWs zusammenführen.

=====

BITTE VORMERKEN!

## Podiumsdiskussion

# EU: Auf dem Weg zur Kriegsunion

## Gefahr für Österreichs Neutralität und den Frieden in Europa

### Do., 9. Mai 2019 – 19.00 Uhr

Stiftgasse 8, 1070 Wien, Amerlinghaus, Galerie, 1. Stock

-----  
**Thomas Roithner**  
Friedensforscher

**Franz Sieder**  
Kaplan, Betriebsseelsorger, Pax Christi

**Nina Andree**  
Landesvorsitze Sozialistische Jugend OÖ

-----  
**Marcus Strohmeier**  
ÖGB, Referat für Bildung, Freizeit und Kultur

**Michael Kösten**  
GewerkschafterInnen gegen Atomenergie  
und Krieg

### ***Liebe Kolleginnen und Kollegen!***

**Wir danken** für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen. Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

***Mit kollegialen Grüßen, „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“***

-----  
**Spendenkonto** bei der BAWAG P.S.K. **IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650** / BIC: BAWAATWW; **EmpfängerIn:** Gewerkschafter gegen Atomenergie, **Verwendungszweck:** Spende

**Datenschutzerklärung:** Wir von den „Gewerkschafter(Innen) gegen Atomenergie (und Krieg)“ nehmen den Schutz und die Sicherheit Ihrer Daten sehr ernst. Daher speichern und verarbeiten wir ausschließlich im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Persönliche Daten wie z.B. Name, E-Mail-Adresse, Adresse, Telefon oder andere persönliche Angaben, welche uns von Ihnen mitgeteilt wurden, werden von uns für den angegebenen Zweck, z.B. im Rahmen einer Anfrage oder einer Spende, verwendet, sicher verwahrt und nicht an unbeteiligte Dritte weitergegeben. Wir nutzen Ihre persönlichen Daten somit nur für die im Rahmen einer Spende oder schriftlichen oder mündlichen Bekundung zur Zusendung unserer Aussendungen in Papierform oder per E-Mail notwendigen Tätigkeiten oder für die Kommunikation mit Ihnen bzw. für die Zusendung von Informationen an Sie. Sie haben jederzeit das Recht Auskünfte über Umfang und Inhalt Ihrer personenbezogenen Daten zu erhalten und diese gegebenenfalls berichtigen zu lassen. Selbstverständlich können Sie die Einwilligung zur Verwendung Ihrer Daten zu den oben beschriebenen Zwecken jederzeit widerrufen. Ein Widerruf hat zur Folge, dass wir Ihre Daten ab diesem Zeitpunkt zu oben genannten Zwecken nicht mehr verarbeiten. Einen Widerruf oder Ihre Anfrage richten Sie bitte per E-Mail oder per Post, unter Angabe Ihres Namens bzw. Adresse, an uns. Mit Angabe Ihres Namens, Ihrer (E-Mail-)Adresse bzw. der Einzahlung einer Spende erklären Sie Ihre Einwilligung zur Verwendung Ihrer und der angeführten Daten durch die „Gewerkschafter(Innen) gegen Atomenergie (und Krieg)“ zu den oben angeführten Zwecken.

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S – ZVR 100322133** **Offenlegung** nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 % der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriff, H. Tschida